

Rede Gregor Gysi

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freundinnen und Freunde, verehrte Gäste,

als ich anfang mich mit Kommunalpolitik zu beschäftigen, hatte ich folgende leicht arrogante Haltung dazu:

Diese Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kümmern sich den ganzen Tag um Parkbänke, Laternen, gemähte Rasen und dann kommen sie einmal im Jahr zu einem Bundestag, fassen revolutionäre Beschlüsse, weil ihnen das auch auf die Nerven geht. Dann fahren sie wieder zurück und kümmern sich wieder um ihre Parkbänke. Ich stehe dann da mit diesen revolutionären Beschlüssen und weiß dann auch nicht, wie ich diese umsetzen soll.

Das war meine erste Einschätzung, diese nehme ich hiermit feierlich, aber nicht ganz zurück.

Zweitens wollte ich Euch aber Folgendes sagen:

Die Kommunalpolitik, ist nicht nur für die Partei, sondern auch für die Bundestagsfraktion, wichtig und bekommt einen immer höheren Stellenwert. Die gemeinsame Sitzung der Bundestagsfraktion mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Dezernentinnen und Dezernenten und den kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, am 7. Februar 2012, in Berlin, war sehr wichtig, weil ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch notwendig ist und, weil wir diese Sitzung auch als Tradition begründen müssen. Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik in der Fraktion, unter Leitung von Katrin Kunert, macht wirklich eine ausgesprochen engagierte Arbeit. Es ist ihr Verdienst, dass bei allen parlamentarischen Initiativen, das „Kommunale“ mitgedacht wird.

Ich sage immer, es ist ein Konstruktionsfehler des Grundgesetzes, der zwei Einrichtungen geschaffen hat, einmal den Bundestag, in dem wir die Parteiinteressen vertreten und den Bundesrat in dem die Länderinteressen vertreten werden. Das Problem ist, es fehlt eine dritte Einrichtung, die die kommunalen Interessen berücksichtigt. Dadurch haben wir die Situation, dass man sich immer wieder bei Konflikten zwischen Bundestag und Bundesrat, zu Lasten der Kommunen verständigt, die zu wenig, oder gar nicht anwesend sind. Übrigens auch in der ganzen Konstruktion in Europa herrscht dieses Problem. Und zwar, wenn die Befugnisse vom Bund nach Europa verschoben werden, holt sich der Bund wieder Befugnisse von den Ländern, die Länder von den Kommunen und das Unangenehme geben alle wieder ab, an die Kommunen und meist ohne Ausgleich, der damit verbundenen finanziellen Mittel.

Wir haben in der Fraktion einen kommunalen TÜV entwickelt, welcher zunehmend akzeptiert wird. Zunächst befürchteten die Abgeordneten, dass es sich um eine Art Zensur handle, aber inzwischen haben sie doch begriffen, dass es gut ist, wenn man gezwungen wird, regelmäßig zu überprüfen, was gewisse Entscheidungen für die Kommunen bedeuten. Ein anderes Beispiel, welches euch auch interessieren wird, ist, dass wir Dank Ilja Seifert solch einen TÜV auch hinsichtlich der Menschen mit Behinderungen eingeführt haben. Das Problem ist, der Grad der Behinderung, welcher sehr unterschiedlich sein kann. So kommt es vor, dass die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben manchen Menschen mit Behinderung verwehrt wird. Durch Ilja Seifert sind wir gezwungen worden, dieses Problem nicht mehr

zu vergessen. Ich behaupte, viele Fehlentscheidungen auf diesem Gebiet, auch in der Kommunalebene, kommen dadurch zustande, dass man es vergisst. Als ich diese Problematik im Bundestag ansprach hat mir ein CDU-Politiker, der mir noch nie Recht gegeben hat, zugestimmt. Er wäre einmal für ein Stadion zuständig gewesen. Bei dessen Einweihung ist ihm aufgefallen, dass sie die Menschen mit Behinderung vergessen hatten. Als wir im Bundestag viele Rollstuhlfahrer eingeladen hatten, merkten wir, dass ab einer gewissen Anzahl Schluss war, da wir gar nicht die notwendigen Kapazitäten hatten und nicht alle in das Gebäude reingekommen sind. Das geschieht gar nicht durch einen bösen Willen oder Absicht, man denkt einfach nicht daran. Aber wenn man, einen MdB als Kollegen hat, welcher im Rollstuhl sitzt, zwingt dich das, daran zu denken. Ich glaube, dass das wichtig ist und deshalb glaube ich auch, dass es in der Gesetzgebung auch einen solchen TÜV geben muss. Dieser sollte bei jedem neuen Gesetz überprüfen, ob sich die Idee des Gesetzes mit der Kommunalpolitik und sicherlich auch mit den Menschen mit Behinderung vereinbaren ließe.

In den letzten Jahren haben wir, gemeinsam mit den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, einiges erreicht. Dazu möchte ich drei Beispiele nennen:

Erstens, die Fraktion hat sich aktiv dafür eingesetzt, dass ein verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen eingeführt wird, welches im Gesetzgebungsverfahren des Bundes greift. Das gibt es zwar schon für den Bundeswehrverband aber noch nicht für die kommunalen Spitzenverbände. Ich weiß, es könnte Komplikationen geben, weil es mehrere Kommunalverbände gibt. Trotzdem haben wir es geschafft, zwar noch nicht als gesetzlich verankertes Mitwirkungsrecht, aber für die Geschäftsordnung des Bundestages. Sie wurde geändert, sodass die kommunalen Spitzenverbände nun ein privilegiertes Anhörungsrecht haben. Wenn wir das nicht permanent gefordert hätten, hätten die anderen nicht mit uns gemeinsam, ihr müsst wissen, die Geschäftsordnung machen immer Fraktionen im Bundestag zusammen, diese Änderung vorgenommen.

Zweitens haben wir die Bundesregierung so lange vor uns hergetrieben und es geschafft, dass sie sich wieder mehr an den Sozialkosten beteiligt, zum Beispiel bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung, was sie über viele Jahre abgelehnt hatte.

Drittens haben wir es gemeinsam mit Kommunalakteurinnen und Kommunalakteuren sowie den anderen Oppositionsparteien bewerkstelligt, die Abschaffung der Gewerbesteuer zu verhindern. Das war und ist ein erklärtes Ziel der FDP. Es würde wirklich viele Kommunen deutlich ruinieren. Deshalb bin ich darauf stolz, dass uns das gemeinsam mit den anderen gelungen ist.

Aber DIE LINKE. hat es schwer auch kommunalpolitisch durchzudringen. Ich nenne Euch ein Beispiel, worüber ich mich besonders geärgert habe. Es gab einen bundesweiten Wirbel, weil der erste Grüne, namens Fritz Kuhn, Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt, nämlich von Stuttgart, geworden ist. Dagegen wurde fast gar nicht registriert, dass es vorher, wenn man so will, schon als erstes, in der Bundesrepublik Deutschland, eine linke Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt, nämlich von Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern gab. Das ist vielleicht nicht so spannend, wie Stuttgart in Baden-Württemberg, aber ich sehe nicht ein, das

zu untergraben, ich möchte Gleichberechtigung auch für Landeshauptstädte. Ich kenne Fritz Kuhn und ich kenne auch seine Einstellung, das ist nicht das Problem. Aber trotzdem ist es interessant zu registrieren, wie sich in einer eher kleinstädtisch strukturierten Stadt wie Stuttgart solch eine Regierung durchsetzt, ohne das gering bewerten zu wollen. Aber ich muss sagen Angelika, du bist die erste, die es geschafft hat, die nicht der Union und SPD angehörte, und auch nicht parteilos war, sondern als Mitglied der Linken zur Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt gewählt worden ist. Alle die dort wohnen und die ich kenne, berichten mir, dass du deinen Job sehr gut machst und deshalb glaube ich daran, dass du das erfolgreich gestalten wirst. Und diese Wahlen waren eben vier Jahre vor der Wahl von Fritz Kuhn, nämlich am 1. November 2008 und darauf wollte ich gerne hingewiesen haben.

Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger können sich definitiv bundesweit sehen lassen, sie haben Erfolge. Ich nenne gerne ein paar Beispiele. Barbara Klemmt, die heute leider nicht hier sein kann, weil ihr Mann einen Schlaganfall erlitten hat, deshalb wünsche ich ihm von hier aus gute Besserung, ist Bürgermeisterin von Wiesenburg. 2010 war die Gemeinde die erste brandenburgische, die bei dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, die Goldmedaille gewann, unter einer linken Bürgermeisterin. Ihr müsst Euch einmal überlegen, was das für eine Überwindung für die Jury darstellte. Das Dorf war aber so gut, dass dies keine Rolle spielte und im Juli 2012 gewann Wiesenburg in einem europäischen Wettbewerb sogar einen Preis in der ersten Kategorie für Fortentwicklung von herausragender Qualität. Im letzten Jahr gewann das Dorf Banzkow im Europawettbewerb „entente florale“ die Silbermedaille, auch verdient durch die damalige Bürgermeisterin Solveig Leo und ihre Nachfolgerin Irina Berg, beide Mitglieder unserer Partei.

Mechthilde Coigné ist für DIE LINKE. im Magistrat der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Sie ist in der Minderheit. Aber mithilfe der Fraktion und eines Bürgerbegehrens konnte der Erhalt eines Schwimmbades erreicht werden, aus der Opposition heraus. Die die dort regierten wollten das nicht, auch das ist ein Erfolg. Nun haben wir auch bei Kommunalwahlen Erfolg und dort hat man nur dann Erfolg, wenn du kommunal wirklich überzeugst. Ich werde häufig zu diesen eingeladen und sage gerne zu und halte eine Rede, aber ich sage immer: „Wenn Ihr in der Kommune nicht gemocht werdet, werdet Ihr auch nicht gewählt, ganz egal wie lange ich rede. Genauso andersherum, wenn sie Euch mögen, kann ich Euch schlecht reden, sie wählen Euch trotzdem.“ Das heißt die Leute sind kommunalpolitisch sehr von der Bundesebene zu beeinflussen, obwohl ich immer versuche, gute Argumente zu finden. Zum Beispiel haben sie sich immer sehr gefreut, wenn ich folgendes sagte:

Wahrscheinlich überlegen sich viele ob es klug ist, eine Oberbürgermeisterin oder einen Oberbürgermeister, eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister von den Linken zu wählen, wenn diese gar nicht regieren. Die Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass man mehr Zugang zu einer Landesregierung hat, wenn diese auch regiert und dann mehr erreichen kann. Dann behaupte ich, das ist ein schwerer Irrtum. Es ist genau umgekehrt. Wenn du einer Partei angehörst die nicht regiert, will diese das verändern und deshalb ist die Partei auch bereit Zugeständnisse zu machen, weil sie nicht in den Ruf kommen wollen, eine solche Kommune zu benachteiligen. Wenn dann alle Leute nicken dann sage ich:“ Falls ihr je in die Regierung eintreten solltet, benutze in natürlich die umgekehrte Argumentation und komme wie-

der.“ Das hängt natürlich auch ein bisschen davon ab. Aber da muss man sich selbst bei erwischen und das einräumen.

Kommen wir zu den jüngsten Wahlen. Gerd Walther hat am 21. Oktober 2012 die Bürgermeisterstichwahl in Ueckermünde mit mehr als 10% Stimmenvorsprung gewonnen. Er tritt am 1. März 2013 sein Amt an, für insgesamt sieben Jahre, herzlichen Glückwunsch.

Bei der Kommunalwahl in Thüringen wurde Katja Wolf als Oberbürgermeisterin in der kreisfreien Stadt Eisenach gewählt, herzlichen Glückwunsch, auch wenn ich finde, dass du für dieses Amt noch zu jung bist. Aber ich bin sicher, du wirst einen guten Job machen.

Petra Enders, Michaela Sojka und Birgit Keller sind als Landrätinnen gewählt worden. In den ersten Jahren hatten wir gar keine Chance je als Landräte gewählt zu werden, umso erfreulicher ist es, dass es so viele Frauen geschafft haben. Gefreut habe ich mich auch, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Thüringen wie Claudia Nissen, Marianne Reichelt und Frank Persike von Bürgerinnen und Bürgerinnen wieder gewählt wurden. All diesen auch meine herzlichsten Glückwünsche.

Alles in allem kann sich DIE LINKE sehen lassen: 85 Frauen und 206 Männer, insgesamt also 291 Personen sind derzeit mit einem Wahlvorschlag bzw. mit Unterstützung der Linken in führenden Verwaltungsfunktionen von Landkreisen, Städten, Gemeinden, Ämtern und Verwaltungsgemeinschaften gewählt worden. Davon sind 76 hauptamtlich und 215 ehrenamtlich. Wir stellen inzwischen 5 hauptamtliche Landrätinnen und Landräte, 7 hauptamtliche Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, 47 hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, 70 hauptamtliche Beigeordnete und andere kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte, darunter Harald Schindel in Saarbrücken, als ersten hauptamtlichen Beigeordneten in den alten Bundesländern. 69 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen wir bundesweit, darunter auch eine stellvertretende Bürgermeisterin in Bayern, außerdem eine ehrenamtliche Bürgermeisterin in Niedersachsen und einen ehrenamtlichen Bürgermeister in Duisburg. 146 ehrenamtliche Beigeordnete, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und andere, kommen aus der Partei DIE LINKE, darunter in den alten Bundesländern 27, in Hessen, Niedersachsen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz. Ich betone das sehr, um klar zu machen, dass wir uns kommunalpolitisch, Schritt für Schritt in den alten Bundesländern entwickeln müssen. Eine Partei, die keine Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stellt, wird auf Dauer weder im Land noch im Bund existieren können. Eine Partei, die im Bund nicht existiert, wird auch irgendwann in den Kommunen aufhören zu existieren und deshalb, obwohl ich weiß, dass es Wählergemeinschaften usw. gibt, sage ich, sind wir gegenseitig aufeinander angewiesen. Je stärker wir kommunal sind, desto stärker werden wir auch landes- und bundespolitisch und je stärker wir landes- und bundespolitisch sind, desto stärker werden wir auch kommunal. An diese Einheit müssen wir denken und deshalb müssen wir versuchen unsere unterschiedlichen Sichten zusammen zu bringen. Kommunalpolitik ist für mich tatsächlich ein Herzstück linker Politik.

Die Leute wohnen und wenn sie Glück haben arbeiten sie auch in einer Kommune und nicht im Bund, also gestaltet sich ihr Leben in der Kommune. Trotzdem, sage ich, die Finanzstrukt-

ren zwischen Europa, dem Bund, den Ländern und den Kommunen stimmen nicht. Viele Kommunen sind pleite und deshalb gehen immer weniger Menschen zur Kommunalwahl, denn sie glauben, Kommunen können keine Entscheidungen treffen, da die finanziellen Mittel fehlen. Sie fragen sich: „Warum sollte ich wählen gehen, um auszuwählen wer nichts zu entscheiden hat?“ Das ist sehr vereinfacht und grob formuliert. Natürlich stimmt es nicht ganz, aber ein bisschen Wahrheit steckt schon dahinter. Deshalb wünsche ich mir von dir Angelika, dass du eine Initiative ergreifst und einmal lauter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Mitglied der SPD, der FDP, der Grünen und vor allem der CDU und der CSU sind, anschreibst und dann vorschlägst, dass man endlich eine gemeinsame Initiative ergreift, um die Kommunen zwingend zu berücksichtigen im Gesetzgebungsverfahren und eine gerechtere Verteilung von Kosten und Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen und zwar völlig unabhängig vom Parteibuch. Was glaubt Ihr, welche Wirkung wir erzielen könnten, wenn uns das gelänge? Wir sollten es versuchen.

Nun möchte ich Euch noch von Neuigkeiten aus dem Osten berichten. Worunter ich gelitten habe, will ich Euch sagen. Wir haben eine Art der Vereinigung erlebt, die vielen Ostdeutschen das Selbstbewusstsein genommen hat und die den Westdeutschen leider kein Vereinigungserlebnis übermittelt hat. Jetzt passiert es im Nachhinein, Gesundheitszentren zum Beispiel sind nichts anderes als Polikliniken. Wäre die Einführung dieser schon damals 1990 umgesetzt worden, hätten die Menschen die Erfahrung machen können, gerade in Wiesbaden, Kiel und Frankfurt am Main, dass sie diese Einrichtung dem Osten verdanken.

Der Widerstand im Osten war mir persönlich immer zu schwach ausgedrückt, eigentlich gab es gar keinen. Das galt auch für Streiks und vieles andere, das wisst Ihr alle. Heute gibt es neue Momente, auf die ich hinweisen möchte. Ich werde drei Beispiele nennen. Mein erstes Beispiel ist die „Stille Straße“ in Pankow. Das hat es noch nie und noch nirgendwo gegeben, dass über 70- bis über 90jährige ein Haus besetzen. Mir wurden die Zeitungsausschnitte gezeigt, die aus der ganzen Welt kamen. Sogar in Australien und Japan wurde darüber berichtet, das muss man sich einmal vorstellen. Und die Streikenden waren erfolgreich und das hatte viele Gründe. Sie wurden von den Medien und von uns als Partei unterstützt. Der SPD Bürgermeister in Pankow und der Regierende in Berlin hatten Hemmungen davor, die Schließung des Seniorenclubs nach dieser Welle um zu setzen. Außerdem kommt hinzu, dass wir eine demokratische Entwicklung haben, dass wir immer mehr ältere Menschen haben, es passt also gar nicht, solche Einrichtungen für Ältere zu schließen, im Gegenteil es müssen eher neue aufgemacht werden. Das alles gehört zusammen, aber der wahrscheinlich größte Aspekt für den Erfolg: „Wer räumt schon gerne einen 96jährigen?“. Der könnte doch einen Herzinfarkt erleiden und da hat man doch, zum Glück, Hemmungen davor, ihn zu räumen. Deshalb habe ich auf dem Landesparteitag in Berlin, zur Freude aller vorgeschlagen, die nächste Revolution mit Rentnerinnen und Rentner zu machen. Aus folgenden Gründen: Erstens, traut sich dann niemand zu schießen und Zweitens, bin ich dann noch dabei. Das ist das erste Beispiel, Widerstand der Erfolg hat.

Das zweite Beispiel: Ich war in Halle bei den streikenden Frauen und Männern vom Callcenter. Callcenter sind ziemlich abenteuerlich. In diesem Falle war es Outsourcing von der Sparkasse. Die Sparkasse verdient nicht schlecht, sie zahlen uns bloß noch 0,5% Zinsen, aber was

sie für einen Dispokredit verlangen, steigt. Ich bin übrigens dafür, dass das einheitlich geregelt wird, aber lassen wir das weg. Die Sparkassen waren in der Krise vorbildlich, sie haben sich an den Spekulationen nicht beteiligt. Brüssel hat immer über die deutsche Sparkassen gemeckert, jetzt meckert niemand mehr, weil die Sparkasse wirklich tapfer durch die Krise gekommen ist, aber momentan wird sie bestreikt. Die Beschäftigten der Callcenter der Sparkasse streiken aber nicht nur für einen Tag, sondern schon seit Juli bis jetzt. Das muss man erst einmal durchhalten. Die Sparkassen haben die Streikenden schon ersetzt durch andere Arbeitskräfte, aber sie hörten nicht auf. Und jetzt ist es ihnen gelungen, sie sind die ersten, die einen Tarifvertrag erreicht haben, indem ein Mindestlohn von immerhin 8,50 € Brutto in der Stunde festgelegt worden ist. Das reicht mir noch nicht, aber immerhin, es ist ein sehr bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Aus befristeten Verträgen wurden unbefristete, das ist ein grandioser Erfolg. Natürlich hat die Sparkasse dies gemacht, weil die Medien sich dem Thema annahmen und unterstützt haben und zum Zweiten, weil wir alle daran mitgearbeitet haben. Ich habe Briefe geschrieben, Gespräche geführt und all solche Dinge getan, um darauf aufmerksam zu machen. Und zum Dritten, kam es zu dem Erfolg, weil die Streikenden konsequent waren, aber auch, weil die Sparkasse fürchtete, ihren eigentlich sehr guten Ruf zu verlieren. Jetzt träume ich ein bisschen davon, dass die Beschäftigten von Callcentern in Kiel, in Frankfurt am Main und in München sich durch den Erfolg in Halle motiviert fühlen, auch für ihre Rechte einzutreten. Das auch dort ein Widerstandsgeist entsteht und dann kommt es diesmal wie bei der „Stillen Straße“ auch aus dem Osten.

Kommen wir zu meinem dritten Beispiel, das ist Neuendorf auf Hiddensee. Das ist eine Ortschaft auf Hiddensee. Störtebeker hat vergessen dort eine Sache zu regeln. Darunter leiden die Bewohnerinnen und Bewohner von Neuendorf, die in dem kleinen Ortsteil leben. Ihr müsst wissen, denen gehört ein Haus und das Grundstück unter dem Haus, aber kein Zentimeter mehr. Das heißt in dem Moment, in dem man über die Tür tritt bist du auf fremdem Territorium, also müssen sie dieses pachten, sonst können sie das Haus gar nicht verlassen. Jetzt verlangt die Stadt Stralsund Pachtgebühr, die für die dortigen Einwohner nicht zu bezahlen ist. Das heißt, sie müssten alle ihre Häuschen verkaufen und dann würden dort Leute ganz anderer Couleur einziehen, denn Hiddensee ist so schön wie Sylt. Der Punkt ist, ich möchte nicht, dass Einwohnerinnen und Einwohner die dort seit Jahren und Jahrzehnten wohnen verdrängt werden, nur weil es sich um so einen schönen Ort handelt und man durch diesen noch mehr Geld machen könnte. Das ist aber leider typisch. Was haben wir erreicht? Ich sage gleich, es war irrsinnig schwer, es handelt sich nur um einen kleinen Teil Hiddensees, nicht das ganze Dorf war betroffen. Der Bürgermeister von Hiddensee hat Stralsund einen Vorschlag unterbreitet, dieser ist außer von der linken Fraktion, natürlich abgelehnt worden. Nun habe ich über Helmut Holter erreicht, dass ein Gespräch mit dem Landesinnenminister geführt wurde. Es ist nicht so einfach in Stralsund, da die Stadt als Kommune dazu verpflichtet ist, die möglichen Pachtgebühren in einer bestimmten Höhe zu erheben und ein Gericht hat bereits entschieden, dass diese in Neuendorf erhoben werden kann. Das Gesetz sieht aber eine Ausnahmegenehmigung vor, dass die Pachtgebühren gesenkt werden können, wenn der Innenminister zustimmt. Nun hat dieser nach einem längeren Gespräch und einer Auseinandersetzung akzeptiert, dass er der Senkung der Pachtgebühren in Neuendorf zustimmen werde, da er die Bewohner nicht verdrängen möchte. Damit diese Aussage auch Wirkung hat, hat er sie

in der Zeitung veröffentlichen lassen. Es gab einen Artikel darüber, der zur Folge hatte, dass der Oberbürgermeister von Stralsund unter Druck stand. Der Bürgermeister von Hiddensee unterbreitete einen neuen Vorschlag mit etwas höheren Pachtgebühren, mit dem aber die Einwohner von Neuendorf einverstanden waren. Dieser Vorschlag liegt nun wieder in Stralsund und ich hoffe, dass es uns gelingt einen Druck zu entfalten, auch bei den Medien, dass dann eine Mehrheit der Kommunalabgeordneten in Stralsund und der Oberbürgermeister zustimmen und der Landesinnenminister dann auch die Pachtsenkung genehmigt. Dann hätten wir es geschafft, dass die Einwohnerinnen und Einwohner in ihren Häuschen weiter wohnen können. Wie gesagt, es ist noch nicht vollkommen durchgesetzt, aber wir sind dabei.

Ich möchte euch sagen, dass ich mir mehr solcher tollen Beispiele wünsche und ich möchte mit solchen guten Beispielen in die alten Bundesländer reisen. Außerdem möchte ich versuchen, den Menschen in Bayern, in Schleswig-Holstein und in NRW Mut zu machen, nicht mehr umgekehrt. Wir hatten einen falschen Ruf in Deutschland, was mich sehr genervt hat, auch wenn ich verstehe, wie dieser zustande gekommen ist, aber das scheint sich jetzt zu ändern. Ich bitte Euch als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dies zu nutzen. Der Widerstandgeist im Osten nimmt zu und ich finde, wir haben uns in den letzten Jahrzehnten zu viel bieten lassen und das sollte endlich aufhören.

In diesem Sinne hoffe ich, dass Ihr eine spannende Tagung hattet. Über die Ergebnisse werde ich dann noch unterrichtet und ich werde sie auch gerne lesen und mir anschauen. Ich bitte, dass wir gemeinsam Politik machen. Ihr könnt davon ausgehen, dass wir wissen, wie wichtig Eure Arbeit in den Kommunen ist. Ich habe es bereits gesagt: Kommunalpolitik ist ein Herzstück unserer Politik.

Ich grüße Euch noch einmal alle recht herzlich und freue mich, dass Ihr in Berlin seid. Und jetzt darf ich das Buffet eröffnen, ich sehe zwar nur Getränke, aber ich habe gehört, draußen soll es auch ein tolles Essen geben. Ich eröffne also hiermit das Buffet nicht nur hinsichtlich der Getränke, sondern auch des Essens und wünsche Euch noch einen schönen Abend.